

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Ulrich Oehme, Dr. Harald Weyel, Stefan Keuter, Marc Bernhard, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Petr Bystron Siegbert Droese, Franziska Gminder, Martin Hebner, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Jens Kestner, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Enrico Komning, Dr. Rainer Kraft, Jens Maier, Dr. Lothar Maier, Andreas Mrosek, Volker Münz, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Südafrika

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der Republik Südafrika finden politisch und ethnisch motivierte Übergriffe auf die weiße Minderheit statt. Diese Übergriffe werden seitens des südafrikanischen Staates geduldet und teilweise gezielt unterstützt. Die Bundesrepublik Deutschland stellte noch im letzten Jahr Entwicklungsleistungen für die Republik Südafrika in Höhe von 314,5 Millionen Euro zur Verfügung. Angesichts der aktuellen Vorfälle, würden weitere Entwicklungsleistungen an involvierte staatliche oder zivile Akteure einer Duldung dieser Übergriffe gleichkommen. Solange diese Übergriffe auf die weiße Minderheit durch die Republik Südafrika nicht beendet werden, sind weitere Entwicklungsleistungen einzustellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Regierung Südafrikas dazu aufzufordern, Übergriffe auf die weiße Minderheit zu unterbinden und entschieden darauf zu drängen, die Verantwortlichen einem rechtsstaatlichen Verfahren zuzuführen,
2. zusammen mit den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich – als Hauptherkunftsländer der europäischen Siedler – auf diese Ziele hinzuwirken,
3. die Afrikanische Union aufzufordern, auf diese Ziele hinzuwirken,
4. ausgenommen laufende Projekte, deutsche Entwicklungsleistungen mindestens bis zum Stopp der Übergriffe und dem Abschluss etwaiger rechtsstaatlicher Verfahren umgehend auszusetzen,
5. bis zum Stopp der Übergriffe und dem etwaigen Abschluss der rechtsstaatlichen Verfahren Einreise- bzw. Visabeschränkungen für den Schengen-Raum gegen die Verantwortlichen zu erwirken,

6. deutsche Entwicklungsleistungen vollständig auszusetzen, wenn die Übergriffe bis zu einer Frist von einem halben Jahr nicht gestoppt und etwaige rechtsstaatliche Verfahren nicht abgeschlossen wurden,
7. umgehend und angemessen Schutz sowie humanitäre Hilfe für die in Südafrika verfolgte weiße Minderheit bereitzustellen,
8. die etwaige Wiederaufnahme deutscher Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Südafrika von bilateralen ökonomischen Interessen abhängig zu machen.

Berlin, den 15. Januar 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

In der Republik Südafrika werden Angehörige der weißen Minderheit zunehmend Opfer von Willkür, Unterdrückung und Gewalt. Dies trifft insbesondere Farmer, deren entschädigungslose Enteignung das südafrikanische Parlament im März 2018 beschlossen hat. Damit erreicht der Rassismus gegen Weiße in Südafrika einen neuen Höhepunkt. In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten sind bereits über 70.000 weiße Südafrikaner umgebracht worden. Hunderttausende sind mittlerweile aus ihrer lange angestammten Heimat geflohen. Dies findet beinahe unbemerkt von der deutschen und europäischen Öffentlichkeit statt (www.suavelos.eu/afrique-sud-70-000-blancs-tues-1994-liste/).

Seit dem Jahr 1652 siedeln europäisch-stämmige Menschen auf dem Gebiet des heutigen Südafrika. Damit leben deren Nachfahren dort länger als die meisten schwarzafrikanischen Volksgruppen, wie beispielsweise die größten gegenwärtigen Volksgruppen der Zulu und Xhosa. Mitte des 17. Jahrhunderts wanderten vorwiegend Holländer, aber auch Franzosen und Deutsche in den Südzügel Afrikas ein und gründeten Kapstadt. Als die Siedler im 19. Jahrhundert von der Kap-Region ins Innere Südafrikas vordrangen, fanden sie dort meist trockene Savanne vor, in der die Jäger und Sammler der San-Gruppen lebten. Die Buren wurden auf dem Land sesshaft und legten den Grundstein für eine funktionierende Landwirtschaft. Sie selbst sehen sich nicht als Europäer, sondern haben über die Jahre eine eigene Identität erschaffen. Sie bezeichnen sich ganz selbstverständlich als Afrikaaner und haben mit Afrikaans eine eigene Sprache. Manche burische Familie, die heute aufgibt, bewirtschaftet ihr Land seit vierhundert Jahren - lange bevor die Zulu und andere Stämme aus dem Norden selbst als Eroberer ins heutige Südafrika kamen (<http://voyage-afriquedusud.e-monsite.com/pages/page-30.html>).

Die kriegerischen Zulu, eine besondere Stammesgruppe der Bantu, waren erst im 17. Jahrhundert mit den Wanderungen der Nguni-Bantu-Stämme aus dem Kongo in die Ostregion Südafrikas eingewandert. Dort unterwarfen und verdrängten sie die einheimischen San-Gruppen. Im 19. Jahrhundert expandierten die Zulu. Unter ihrem König Shaka (1787 bis 1828) eroberten sie weite Ländereien, vertrieben andere Bantu-Stämme, wie die Ndwandwe, und drangen weiter nach Westen und Südwesten in das Landesinnere (<http://voyage-afriquedusud.e-monsite.com/pages/page-6.html>).

Schließlich stießen die Buren-Siedler mit ihren Trecks und die expandierenden Zulu aufeinander. Beide kamen als Eroberer, welche die indigenen San-Gruppen und andere Bantu-Stämme verdrängt hatten. Beide – die calvinistischen Buren und die Zulu – hielten sich für auserwählt, was das Mittel der Fremdherrschaft miteinschloss (www.langwhich.com/lexikon/sprachen-und-voelker-der-erde/zulu). Aus der Perspektive der anderen schwarzafrikanischen Ethnien Südafrikas hinterlässt es daher einen fragwürdigen Eindruck, wenn sich ausgerechnet die nunmehr politisch dominierende Gruppe der Zulu mit Opfer-Rhetorik in die Opfer-Rolle kleidet oder behauptet, die Landbesetzungen seien legitim, da die Weißen das Land selbst „gestohlen“ hätten. (www.tagblatt.ch/international/hasstiraden-gebaeren-gewalt-ld.702064).

Die Zeit der britischen Kolonialherrschaft und die anschließende Zeit der Apartheid im unabhängigen Südafrika waren geprägt von Rassismus und Ungerechtigkeit. Der Widerstandskämpfer und spätere Präsident Nelson Mandela war dennoch weitsichtig genug und wusste was es bedeuten würde, die weiße Minderheit als Eckpfeiler des Staates zu verfolgen – ein Blick nach Simbabwe (Rhodesien) reichte völlig aus. Nach seinem Tod brachen jedoch alle Dämme und eine beispiellose Mordserie nahm ihren Anfang. 70.000 Männer, Frauen und Kinder wurden grausam ermordet, weil sie eine weiße Hautfarbe hatten und Land besaßen. Täglich kommen neue Opfer hinzu und auch die schwarzen Angestellten der Farmer werden nicht verschont. Willkür und Grausamkeit sollen die Weißen, die noch ausharren, einschüchtern und aus dem Land treiben. Mit Erfolg: die Zahl der Farmen hat sich in zwei Jahrzehnten von 62.000 auf 35.000 fast halbiert, Hunderttausende Weiße leben in Armenghettos, fast eine Million sind seit dem Jahr 1994 bereits ausgewandert. (https://books.google.de/books?id=IrBdDwAAQBAJ&pg=PP1&lpg=PP1&dq=Imperium+Humanum:+Programm+und+Fehler+der+politischen+Moderne&source=bl&ots=kA53G62V8_&sig=_pIATx_w2aC0AtA5zYwJnyMsPC4&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEwIjr4H-u67eAhWIKlAKHXa8AEUQ6AEwBnoECAMQAQ#v=onepage&q=Imperium%20Humanum%3A%20Programm%20und%20Fehler%20der%20politischen%20Moderne&f=false, S. 96).

Das politische Klima verschlechtert sich derzeit weiter zuungunsten der Weißen. Ausschlaggebend dafür ist die Existenz einer neuen marxistischen Partei namens „Economic Freedom Fighters“. Diese hat mit den Anti-Apartheid-Aktivistinnen von damals nichts mehr zu tun. Sie sind mit dem gegenwärtigen Südafrika unzufrieden und legen deshalb Hand an die junge südafrikanische Demokratie und somit Mandelas Erbe. Denn die Ermunterung für die Mörder, Räuber und Vergewaltiger kommt von ganz oben. Der Schlachtgesang „Erschießt den Farmer, tötet den Buren“ ist bei linksradikalen Schwarzen populär. Julius Malema, der Anführer der „Economic Freedom Fighters“, wurde für das Absingen des offiziell verbotenen Liedes im Jahr 2010 noch verurteilt (https://books.google.de/books?id=IrBdDwAAQBAJ&pg=PP1&lpg=PP1&dq=Imperium+Humanum:+Programm+und+Fehler+der+politischen+Moderne&source=bl&ots=kA53G62V8_&sig=_pIATx_w2aC0AtA5zYwJnyMsPC4&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEwIjr4H-u67eAhWIKlAKHXa8AEUQ6AEwBnoECAMQAQ#v=onepage&q=Imperium%20Humanum%3A%20Programm%20und%20Fehler%20der%20politischen%20Moderne&f=false; S. 96) ein halbes Jahr später stimmte der damalige Präsident Jacob Zuma in den Mordaufruf selbst mit ein (www.youtube.com/watch?v=dBaiokk96TY). Damit gerät die gängige Erklärung, die Farmermorde seien nur Ausfluss der allgemein hohen Kriminalität in Südafrika, zur faulen Ausrede.

Landwirtschaftsverbände warnen zudem vor einer Gefährdung der Nahrungsmittelsicherheit. Die 35.000 kommerziellen Bauern seien hauptverantwortlich für die Versorgung von 54 Millionen Menschen, sie steuerten knapp 4% zum BIP bei, beschäftigten mehr als 650.000 meist unqualifizierte Menschen und lieferten Devisen aus dem Export (www.nzz.ch/wirtschaft/plaene-fuer-landreform-schueren-verunsicherung-ld.1367547). Schon die Aussicht auf Enteignungen ohne Kompensation könnte dazu führen, dass Bauern keine Bankkredite für den Kauf von Geräten und Saatgut mehr erhielten. Südafrikas Landwirte sind mit bis zu 160 Mrd. Rd. (9,4 Mrd. Eur.) bei den Banken verschuldet, wobei Land und Geräte als Sicherheiten dienen. Unklar ist, wer die Kredite nach Enteignungen ohne Entschädigung bedienen würde. Womöglich träfe eine Enteignungswelle die Banken am schwersten (www.nzz.ch/wirtschaft/plaene-fuer-landreform-schueren-verunsicherung-ld.1367547). Es ist abzusehen, dass die bereits von der südafrikanischen Regierung begonnenen Enteignungen das Land genauso in Hunger und Armut treiben werden wie schon das Nachbarland Simbabwe zuvor. Dessen neuer Präsident versucht, die von Amtsvorgänger Robert Mugabe enteigneten und vertriebenen weißen Farmer wieder zurückzuholen, und so wieder ein wichtiger Getreideproduzent im südlichen Afrika zu werden.

In Südafrika hingegen wird nach wie vor straflos von Politikern der regierenden Partei ANC und vor allem der linksradikalen EFF eine Hassrhetorik verwendet, die weiter zu Gewalt und Mord an der weißen Minderheit führt. (www.deutschland-kurier.org/wir-sind-hier-um-euch-zu-toeten/).

